



Nr.: 16/2010

Datum: 26.10.2010

## **Griff in die Pensionskasse**

**Erfurt:** Scharf verurteilt die Gewerkschaft der Polizei den Versuch der Landesregierung, durch einen Griff in die Pensionskasse der Beamten einen Teil der Haushaltskürzung zu finanzieren.

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die jährlichen Zahlungen an den Pensionsfonds ausgesetzt werden sollen. Die Zahlungen müssten angeblich über Kredite finanziert werden, was dem Land nicht länger zugemutet werden könne.

Landesvorsitzender Marko Grosa kritisiert dieses Vorhaben: „Für diese Zahlungen sind in den Vorjahren für die Beamten die Gehälter nicht in dem Umfang erhöht worden, wie bei den Tarifbeschäftigten. Diese Kürzungen waren zweckgebunden, um über den Pensionsfonds die künftigen Versorgungszahlungen mit zu finanzieren und Spitzen in den Versorgungslasten abzufedern.“

Wenn die Landesregierung jetzt die Zahlungen an den Pensionsfonds aussetze, würden die Beamten doppelt belastet. Erstens mussten sie die Kürzungen ihrer Besoldung hinnehmen, zweitens fließt das eingesparte Geld nicht mehr an die Beamten zurück. Die Beamten müssten also erneut ein Sonderopfer zur Finanzierung des Landeshaushaltes leisten.

„Dieses Verhalten untergräbt jedes Vertrauen in eine für die Zukunft vorsorgende, nachhaltige und verlässliche Politik“, sagte Grosa und forderte die Landesregierung zur Rücknahme des Gesetzentwurfs auf.

**Der Landesvorstand**